



Foto: [FreePik](#)

### **Der Wert der Worte**

Das italienische Verfassungsgericht wurde von einem Richter in Florenz aufgefordert, die wirtschaftliche Situation von Sprach Dolmetscher\*innen in Italien zu untersuchen; das Ersuchen ist sowohl neu als auch wichtig, weil es sich nicht auf die Verletzung der wirtschaftlichen Rechte der Übersetzer\*innen selbst konzentriert (eine schwierige Frage, die von Gewerkschaften und Berufsverbänden noch nicht richtig angegangen wurde), sondern auf die Verletzung des Rechts auf eine gleiche und angemessene Verteidigung für die Menschen, deren Worte vor Gericht übersetzt werden.

Dies ist ein schon lang währendes Problem Italien, und es verstärkt sich, wenn sich Migrationsmuster und -routen ändern und entwickeln. Dolmetscher\*innen in Strafgerichten – in Sizilien wie in Florenz – werden für die erste Arbeitsstunde ca. 15 Euro bezahlt und für jede weitere Stunde erhalten sie nur 7 oder 8 Euro. Da diese Berechnungen die Transportkosten nicht decken, ist es leicht möglich, dass sie für einen Arbeitstag nur 30 oder 40 Euro erhalten. Das Ergebnis ist in der Regel, dass professionell ausgebildete Übersetzer\*innen/Dolmetscher\*innen die Jobs ablehnen, und das führt entweder zu Gerichten ohne Dolmetscher\*innen (und wir haben viele Fälle erlebt, in denen Anhörungen wegen des Fehlens von Dolmetscher\*innen verschoben wurden) oder zu Jobs, die von unausgebildeten Personen angenommen werden, was zu einer drastischen Senkung der Übersetzungsqualität mit ggf. sehr schwerwiegenden Folgen für die Angeklagten führt. Ist dies im Fall Luventa (bei dem die Polizei in Trapani fast ein Jahr für Anhörungen verlor, während sie versuchte, hochqualifizierte deutsch-italienischen Übersetzer\*innen zu finden) geschehen, so können die Auswirkungen auf die Prozesse von kürzlich angekommenen Migrant\*innen sich noch weitaus schlimmer darstellen. Es kann auch zum Einsatz von Dolmetscher\*innen führen, die nur eine Verkehrssprache kennen (z.B. englische Übersetzung für Bangladescher\*innen statt Bengalisch, oder französische Übersetzung für Senegales\*innen statt Wolof, arabische Übersetzung für Sudanese\*innen statt Dinka – alles Beispiele, die wir belegen können), oder sogar die völlig falsche Sprache (berüchtigt ist hier die Bereitstellung einer Urdu-Dolmetscherperson für einen Mann aus Afghanistan). Es kommt auch oft zur Verwendung falscher arabischer Dialekte (z.B. Tunesier\*innen, die für Iraker\*innen übersetzten).

Wenn dies für Strafverfahren gilt, ist die Situation für Dolmetscher\*innen in administrativen Verfahren leider noch erschreckender. In Strafverfahren ist die Übersetzung vom Gericht garantiert; in

Zivilverfahren gibt es keine solche Bestimmung. Das bedeutet, dass die Präfektur Übersetzer\*innen stellt, die vom Innenministerium für die erste Interviews zu Asylanträgen (organisiert von den territorialen Kommissionen zur Asylananhörung) beschäftigt werden, aber wenn die Asylsuchenden eine negative Entscheidung anfechten – was fast immer der Fall ist –, garantiert das nachfolgende Gerichtsverfahren keine Übersetzung. Das Ergebnis ist, dass Migrant\*innen gezwungen sind, sich auf freiwillige oder schlecht bezahlte Menschen zu verlassen, die die Übersetzung übernehmen. Anwälte\*innen bezahlen diese dann oft mit 10 oder 20 Euro in bar für einen ganzen Vormittag Arbeit. Es gibt keine Qualitätskontrolle, und die Arbeit der Übersetzer\*innen wird durch das Fehlen von Vorschriften oder Verhaltenskodizes erschwert. In unserer Erfahrung könnte es für Richter\*innen genauso leicht sein, jedes Wort des Asylsuchenden einzeln übersetzen zu lassen, statt nach der Aussage des Betroffenen eine Zusammenfassung ihrer Rede zu verlangen.

Wie oben erwähnt, verschärfen sich diese Probleme, wenn sich die Migrationsbewegungen ändern. In den letzten Monaten hatten wir extreme Schwierigkeiten, Übersetzer\*innen für Asylsuchende zu finden, die Punjabi, Dinka, Pashto oder Somali sprechen; selbst wenn wir in einem anderen Teil Siziliens oder Kalabriens eineN Übersetzer\*in gefunden haben, gibt es keine Mittel, um die Reisekosten nach Palermo zu decken (was bei den schlechten Verkehrsanbindungen leicht eine Übernachtung erfordern kann). Und obwohl es sporadische NGO- oder UNICEF-Fonds gibt, die solche Kosten abdecken, sind diese Projekte temporär und nicht systemisch.

Der Fall, den das Florentiner Gericht an die Verfassungsrichter\*innen verweist, kann einen wichtigen Präzedenzfall setzen, möglicherweise nicht nur für Verfahren im Strafrecht, sondern auch für die Zivilklagen, die den Kern des italienischen Asylsystems bilden. Eine ordentliche Übersetzung bedeutet, die Aussagen der Asylsuchenden zu ehren und ernst zu nehmen, ihre Worte zu schätzen – selbst im simplen wirtschaftlichen Sinne des „Wertes“.

Arci Porco Rosso, 21.6.2024

[Hier](#) findet sich der Verweis auf die Anfrage des Richters